



Gerda
Hasselfeldt
CSU



hasselfeldts berliner notizen

informationen zur aktuellen bundespolitik.

10.03.2015

Zehn-Milliarden-Investitions offensive Nachhaltige Investitionen in die Zukunft unseres Landes

Ende vergangenen Jahres hat die Bundesregierung ein Investitionspaket angekündigt. Vergangene Woche wurde diese Ankündigung von den Koalitionsfraktionen nun konkretisiert und weitere Einzelheiten für das zehn Milliarden Euro schwere Investitionspaket festgelegt. Wir können mit dem Paket nachhaltig in unsere Infrastruktur investieren und setzen damit wichtige Impulse für unsere Wirtschaft und Beschäftigung. Besonders profitieren werden aber die Gemeinden. Für sie werden über die zehn Milliarden Euro hinaus weitere Bundesmittel von insgesamt fünf Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Die schwarze Null bleibt dabei selbstverständlich weiterhin bestehen. Das Paket ist solide finanziert und wir werden in den kommenden Jahren nur das ausgeben, was wir auch einnehmen.

Zehn-Milliarden-Investitions offensive

Im November 2014 kündigte die Bundesregierung zusätzliche öffentliche Investitionen in Höhe von zehn Milliarden Euro für die Jahre 2016 bis 2018 an. Diese Finanzmittel sind das Ergebnis unserer erfolgreichen und wachstumsfreundlichen Haushaltspolitik der vergangenen Jahre. Im Rahmen des Pakets wird der Bund im genannten Zeitraum insgesamt sieben Milliarden Euro für Investitionen in die öffentliche Verkehrsinfrastruktur, die digitale Infrastruktur, den Hochwasserschutz, für Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz, den Klimaschutz und die Städtebauförderung bereitstellen. Konkret fließen 4,35 Milliarden Euro in den Bau und die Modernisierung von Straßen, Schienen und den Breitbandausbau und damit in das Verkehrsressort. Unser Verkehrsminister Alexander Dobrindt kann die Modernisierung unserer Infrastruktur damit nachdrücklich vorantreiben. Ferner werden zudem insgesamt drei Milliarden Euro über alle Ministerien verteilt und für investive Zwecke zur Verfügung gestellt. Die Finanzierung der Kosten des Betreuungsgeldes in Höhe von rund einer Milliarde Euro erfolgt ab 2016 nicht mehr über die Fachressorts sondern aus dem allgemeinen Haushalt. Bisher hatten zu dessen Finanzierung die unterschiedlichen Ministerien durch eine sogenannte „Minderausgabe“ beigetragen. Durch die Bereitstellung der Gelder direkt aus dem Bundeshaushalt haben die Fachressorts in den kommenden Jahren nun zusätzliche Mittel für investive Ausgaben. Die drei Ressorts, die davon besonders profitieren sind das Bundesministerium der Verteidigung mit jährlich gut 300 Millionen Euro, das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur mit jährlich fast 200 Millionen Euro und das Bundesministerium für Bildung und Forschung mit jährlich fast 100 Millionen Euro.

Zusätzliche fünf Milliarden für die Kommunen

Ein besonders erfreuliches Signal ist, dass Bundesfinanzminister Schäuble den Kommunen zusätzlich weitere Bundesmittel in Höhe von insgesamt fünf Milliarden Euro zur Verfügung stellen wird, um ihnen Spielräume für zusätzliche Investitionen zu eröffnen. Kommunen können staatliche Mittel am schnellsten und zielgenau einsetzen und damit wichtige Konjunkturimpulse setzen. Von diesen fünf Milliarden Euro sind daher 1,5 Milliarden Euro zur Stärkung der kommunalen Investitionen vorgesehen. 3,5 Milliarden Euro wird der Bund noch in diesem Jahr in ein Sondervermögen einbringen, das besonders finanzschwachen Kommunen zu Gute kommen wird. Eine Verrechnung mit bereits beschlossenen Finanzmitteln zur Unterstützung der Kommunen wird nicht stattfinden. Ab 2018 wird, wie bereits vereinbart, die weitere Kommunalentlastung in Höhe von fünf Milliarden Euro jährlich umzusetzen sein. Die unionsgeführte Bundesregierung entlastet die Kommunen durch die genannten und bereits beschlossenen Maßnahmen, beispielsweise die Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, damit im Zeitraum von 2011 bis 2018 um insgesamt über fünfzig Milliarden Euro. Das hat bisher keine Bundesregierung zuvor erreicht.

Bund-Länder-Finanzbeziehungen

Ungeachtet der genannten Investitions offensive laufen derzeit Gespräche auf unterschiedlichen Ebenen über die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen. In diesem Zusammenhang stand besonders die Frage nach der Zukunft des Solidaritätszuschlags in der öffentlichen Debatte. Für die CSU ist eine Zementierung des Solidaritätszuschlags keine gangbare Möglichkeit. Der Soli war nie als Dauereinrichtung gedacht und soll es auch nicht werden, zumal dies einer Steuererhöhung gleichkommen würde. Allerdings können wir zum momentanen Zeitpunkt noch nicht auf die Einnahmen aus dem Soli verzichten. Wir setzen uns daher für einen schrittweisen Abbau des Solis ein. Das entspricht unserer Idee von Ausgewogenheit, die Menschen steuerlich zu entlasten und gleichzeitig eine solide Haushaltspolitik voranzutreiben. Mit dem jetzt vereinbarten Zehn-Milliarden-Investitionspaket und den zusätzlichen Mitteln für unsere Kommunen senden wir ein wichtiges Signal - auch an unsere europäischen Nachbarn: Solide Haushaltspolitik und nachhaltige Investitionen sind kein Widerspruch.